

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 53/014/2015

Gesundheitsausschuss am 07.09.2015

Zu Punkt 7.1: Flüchtlingssituation hier: Anfrage der CDU-Fraktion v. 27.08.2015
--

Herr Dr. Lange gibt einen Überblick zur Flüchtlingssituation. Ergänzende Informationen sollen noch im nichtöffentlichen Teil gegeben werden. Zusätzlich liegt an den Plätzen ein Auszug aus dem Rheinischen Ärzteblatt zum Thema medizinische Versorgung von Flüchtlingen aus. **(S. Anlage 2)** Aufgrund von Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung an die kreisangehörigen Städte waren die Städte aufgefordert, binnen kürzester Zeit Notunterkünfte für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Der Kreis Mettmann ist über das Kreisgesundheitsamt bei der gesundheitlichen Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge beteiligt. Eine Beteiligung des Gesundheitsschutzes ergab sich auch bei der Bewertung der hygienischen Situation, etwa wieviele Duschen und Toiletten benötigt werden. Die Verhältnisse in den Notunterkünften sind nicht optimal, aber einigermaßen erträglich. Es ist jedoch anzumerken, dass die kreisangehörigen Städte in kürzester Zeit Schulen oder Sporthallen als Notunterkunft ertüchtigt haben.

Zum Zeitpunkt der Sitzung haben die sechs Städte Ratingen, Velbert, Hilden, Erkrath, Langenfeld und Monheim Notunterkünfte bereitgestellt.

Insgesamt lässt sich bei den kreisangehörigen Städten ein sehr hohes Engagement feststellen. Sowohl die Verwaltungen, die Hilfsorganisationen als auch ehrenamtliche Helfer kümmern sich um die Flüchtlinge.

Nach der Ankunft im Kreis Mettmann in den o.g. Notunterkünften hat das Kreisgesundheitsamt die gesundheitlichen Eingangsuntersuchungen übernommen.

Die orientierenden Untersuchungen finden vor Ort durch das Gesundheitsamt mit hohem Einsatz statt. Im Ganzen gab es keine größeren medizinischen Schwierigkeiten. Vorwiegend gab es Fälle, die mit Medikamenten nachzuversorgen waren. Des Weiteren wurden auch Schwangerschaften, Drogenabhängigkeiten oder vereinzelt auch exotischere Krankheiten wie etwa Malaria festgestellt bzw. behandelt.

Perspektivisch soll das Verfahren bei den Eingangsuntersuchungen umgestellt werden.

Nicht für alle Untersuchungen sind Ärzte des Gesundheitsamtes erforderlich. Künftig sollen einzelne Untersuchungen vorrangig durch Sanitäter und niedergelassene Ärzte ausgeführt werden.

Zudem sollen auch pensionierte Ärzte für ehrenamtliche Tätigkeiten für diesen Bereich rekrutiert werden.

Im Ergebnis soll dann ein „betreuender ärztlicher Dienst“ im Sinne einer gesundheitlichen Basisbetreuung stehen.

Frau Haase ergänzt, dass es sehr beeindruckend sei, was die kreisangehörigen Städte mit Hilfe der Mitarbeiter und viel ehrenamtlichen Engagement geschafft haben.

Auch die Versorgung mit Hilfsgütern aus der Bevölkerung sei sehr eindrucksvoll gewesen.

Der Vorsitzende lobt noch einmal die Leistungen vor Ort und die Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung.

Frau Hruschka spricht im Namen der Fraktion ihren Dank an die Mitarbeiter des Gesundheitsamtes und der Ausländerbehörde aus. Zudem sei das ehrenamtliche Personal nicht ausreichend. Sie fragt nach einem Notfallplan. Außerdem fragt sie nach näheren Informationen der Impfproblematik.

Herr Lessing schließt sich dem Dank an. Durch Ehrenamtler sei ihm bekannt, dass das Kreisgesundheitsamt hervorragende Arbeit leistet.

Da absehbar ist, dass nun auch die Städte mit weniger als 39.000 Einwohnern auch Flüchtlinge zugeteilt würden, fragt Herr Lessing, wie viel Vorlaufzeit die Städte hätten.

Herr Dr. Lange teilt mit, dass die Vorbereitungszeit ca. 48 Stunden betrage. Allerdings ergeben sich mittlerweile logistische Probleme, bspw. seien Feldbetten kaum noch zu beschaffen.

Einen Notfallplan gibt es nicht.

Alle Erwachsenen werden auf Tuberkulose geröntgt. Es finden auch Impfungen gegen Masern, Röteln und Windpocken statt. Dies ist auch zur Vermeidung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten erforderlich.